

Vielfalt – Das Bildungsmagazin

Behindert – besonderes Merkmal Migrant

In Sachen Aussonderung von Kindern ist Deutschland Spitze. 80 Prozent der behinderten Kinder besuchen hier zu Lande eine Sonderschule oder - hübscher gesagt - eine Förderschule. Nach der UN-Behindertenrechtskonvention steht ihnen längst ein Platz in einer ganz „normalen“ Schule zu. Der Sozialverband Deutschland kritisierte Ende Oktober die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für einen gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nicht-behinderten Kindern als zu vage. Nach den KMK-Empfehlungen könne jedes Bundesland das Thema Inklusion weiter so halten wie es wolle.

Kinder werden weiterhin, je nachdem welcher Förderbedarf festgestellt wird, kategorisiert und in die verschiedenen Sonderschulformen einsortiert. Ein Verfahren, das, so Sibylle Hausmann von der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben, „nicht nach dem Kind und dessen Bedürfnissen“ schaut. Denn in diesem Fall müssten sich nämlich die Schulen vor Ort auf die Besonderheiten der Kinder einstellen. Ein weiter Weg, so berücksichtigt die „normale“ Schule heute weder die kulturelle Vielfalt noch andere Besonderheiten von Kindern und Elternhäusern. Bleibt die Schule so „normal“, wie sie heute ist, wird sie weiterhin Behinderungen produzieren - besonders unter den Kindern von MigrantInnen, die an Sonderschulen dramatisch überrepräsentiert sind.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat im Frühjahr zu Inklusion einen Zwi-



Stephanie Hofschlaeger, pixelio.de

schenbericht "Auf dem Weg zum Aktionsplan" gebilligt. Er beschreibt die Maßnahmen, die zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention u. a. auch im Schulbereich ergriffen wurden. Außerdem enthält er Informationen zur UN-Behindertenrechtskonvention und zur Vorbereitung des landesweiten Aktionsplans, der Anfang 2012 dem Landtag vorgelegt werden soll.

In vielen Kommunen wird über Inklusion beraten. Kompetenzzentren wurden eingerichtet und Regelschulen nehmen sehr zaghaft das ein oder andere Kind mit Behinderung auf. Inklusiv wird eine Schule durch die bloße Anwesenheit von einigen behinderten Kindern genauso wenig, wie interkulturell durch

einen hohen Migrationsanteil der Schülerschaft.

Mit der Sonderausgabe „Behindert - besonderes Merkmal Migrant“ von Vielfalt – Das Bildungsmagazin möchten wir Ihnen Hintergrundstoff für die Inklusionsdebatte in den kommenden Wochen und Monaten liefern. Mischen Sie sich ein für ein besseres Bildungssystem. Ein Bildungssystem, das kein Kind ausgrenzt wegen seiner ethnischen oder sozialen Herkunft, seiner Religion, seiner Hautfarbe oder seiner körperlichen und geistigen Eigenschaften. Nur ein solches Schulsystem verdient den Namen „inklusiv“.

Mercedes Pascual Iglesias und Donja Amirpur

Aus dem Inhalt:

Behindert und? -

Die Lebenssituation von Migrantenfamilien mit einem behinderten Kind

Seite 2

Inklusive Interkulturalität

Seite 4

Zur Überrepräsentanz von Migrantenkindern an Förderschulen

Seite 9

Erfolgreich bleiben mit „MiBo-Cap“

Seite 5

Vorgestellt: Medien und mehr

Seite 12

Behindert und? – Die Lebenssituation von Migrantenfamilien mit einem behinderten Kind

„Viele unserer Landsleute haben die deutsche Staatsbürgerschaft, viele von uns sind hier in Deutschland geboren. Wie groß auch unsere Bemühungen sind, uns anzupassen – wir bleiben in den Augen der meisten Deutschen doch nur Ausländer. Und dann bekommen wir ein behindertes Kind! Für uns türkische Familien bedeutet das häufig doppelte Ausgrenzung“.

Menschen mit Migrationsgeschichte sind seltener behindert als Deutschstämmige. Das besagt zumindest die amtliche Statistik von 2005 – neuere Zahlen liegen nicht vor. Nach Ergebnissen des Mikrozensus haben nur knapp sieben Prozent der Personen mit Migrationshintergrund eine „amtlich festgestellte Behinderung“ im Vergleich zu 13 Prozent bei Personen ohne Migrationshintergrund.

Als Gründe dafür nennt die Bundesregierung in ihrem Nationalen Aktionsplan Inklusion, der in diesem Sommer vom Kabinett beschlossen wurde, unter anderem die Überalterung der deutschen Gesellschaft. Dazu kommt auch, dass Menschen mit Migrationsgeschichte seltener Angebote für Menschen mit Behinderung in Anspruch nehmen und seltener eine Behinderungen amtlich attestieren lassen.

Die Bundesregierung schlussfolgert richtig: „Die interkulturelle Öffnung von Angeboten der Information, Betreuung und Versorgung ist daher eine wichtige Querschnittsaufgabe von Einrichtungen und Verbänden.“

Grundsätzlich liegt für alle Menschen mit Behinderung ein gesetzlich verankerter Versorgungsauftrag vor. Eingewanderte Familien mit behinderten Kindern sind möglicherweise durch Integrationsanforderungen und die Behinderung besonderen und starken Belastungen ausgesetzt. Bislang gibt es allerdings noch keine flächendeckende strukturelle Zusammenarbeit zwischen der Migrationsberatung der Wohlfahrtspflege und der Behindertenhilfe. Die Freie Wohlfahrtspflege sowie die Behindertenhilfe haben den Bedarf ebenfalls festgestellt und planen eine engere Vernetzung und Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen.

HILFLOS UND FREMD

Die gefühlte Doppelbelastung durch Migration und Behinderung des Kindes beschreibt Fariba Mostafawy sehr eindrücklich. Sie hat einen 15-jährigen Sohn mit Asperger-Syndrom, eine Form von Autis-



Randy Tarango, Berlin, in bkmv

mus. Mitte der 80er Jahre flüchtete die Pädagogin mit ihrem Mann nach Deutschland vor den Auswirkungen des Iran-Irak-Krieges. 10 Jahre später wurde ihr Sohn Farhad geboren. „Es war schwer. Wir sind nach Deutschland gekommen, weil es besser werden sollte. Haben uns damit selbst unter Druck gesetzt. Als Farhad dann geboren wurde, fühlten wir uns hilflos und fremd. Bei einem Besuch beim Kinderarzt, da dachten alle, mein Kind würde sich so benehmen, weil ich es schlecht erzogen hätte. Eine

Frau sagte zu mir in der Praxis: ‚Hier sollten Sie Ihr Kind mal erziehen. So läuft das in Deutschland nicht‘. Ich konnte mich nicht wehren und erklären. Da wollte ich am Anfang gar nicht mehr raus mit ihm.“

Die wenigen Anlaufstellen, zumeist türkische Selbsthilfegruppen von und für MigrantInnen mit behinderten Kindern, haben einen großen Zulauf. Sie berichten, dass sich viele Eltern behinderter Kinder schlecht über die Versorgungsmöglichkeiten informiert fühlen, die sie aus ihren Herkunftsländern nicht kennen. „Vor allem im institutionellen Kontext haben es diese Eltern schwerer“, stellt die Heilpädagogin Barbara Fornefeld fest. Infoblätter, die übliche Aufklärungsmethode, kämen gerade bei den Familien nicht an, die sie wirklich bräuchten und seien zudem oft zu allgemein.

Wie schwierig es ist, die richtigen Informationen zu erhalten, berichtet die berufstätige Mutter von Erkan Calişer, einem Jungen mit frühkindlichem Autismus. „Wenn ich früher gewusst hätte, was los ist, hätte mein Junge früher mit Sprachtherapie angefangen und könnte heute viel besser sprechen.“ Sprachbarrieren, Hemmschwellen oder Erfahrungen von Diskriminierungen führen sogar dazu, dass notwendige Therapien nicht stattfinden, weil die richtigen Hilfen fehlen bzw. nicht gefunden werden. „Alles muss man selbst rausbekommen. Und die Zeit spielt doch so eine große Rolle.“ Sie habe immer das Gefühl gehabt, eine Therapie für ihren Sohn nicht in Erwägung gezogen zu haben und nicht auf dem neuesten Stand zu sein, was seine Möglichkeiten betrifft. Eine Sorge, die nicht unbegründet zu sein scheint. „Vor allem bei Störungsbildern, die nicht so eindeutig sind, besteht diese Gefahr“, erklärt Fornefeld die Situation vieler Familien. „Bei einem Kind mit schwerster Behinderung läuft es eher, weil es eine große medizinische Versorgung benötigt, es kommt über das medizinische Netz in das Fördernetz.“

WIR HABEN UNS SELBST BELOGEN.

„Wir schaffen das schon selbst“ ist eine weitverbreitete Haltung bei Eltern von Kindern, die keine direkt sichtbare Behinderung haben oder die sich



Amirpur



Rainer Sturm, pixelio.de



Antwitter, pixelio.de

nicht eindeutig diagnostizieren lässt. Nicht selten werden dann auch besondere Hilfen und Leistungen nicht in Anspruch genommen. „Ich wollte keinen familienunterstützenden Dienst“, beschreibt Farhads Mutter diese Phase. „Wir haben uns selbst belogen. Sagten, was wollen die? Mein Kind braucht so etwas nicht. Mein Kind ist nicht behindert.“ Erst in der Schule wird dann häufig klar, dass das Kind eine Beeinträchtigung hat und die Familien sechs Jahre auf mögliche Entlastung und Förderung verzichtet haben.

Auch heute noch befürchtet Farhads Mutter etwas nicht zu wissen, was wichtig für ihr Kind sein könnte. Kürzlich erfuhr sie nur per Zufall von den Möglichkeiten des sogenannten Nachteilsausgleichs. Ihrem Sohn, der Schwierigkeiten hatte, die Klassenarbeiten in der vorgegebenen Zeit zu schaffen, wird mit diesem Ausgleich zusätzliche Zeit eingeräumt. „Er hat sich so lange quälen müssen, und wir haben ihn unter Druck gesetzt. Keiner kann sich vorstellen, was bei uns zu Hause los war, wir haben geübt bis zum Umfallen. Da war viel Kampf. Jetzt geht es viel besser, aber keiner hat mich auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht.“ Erkans Mutter teilt diese Erfahrungen: „Man hat mir nie verschiedene Möglichkeiten genannt. Ich hatte das Gefühl, die entscheiden über unsere Köpfe hinweg.“

HOMOGENE GRUPPEN SIND ANGENEHM

Die Kommunikation zwischen Ratsuchenden und BeraterInnen beschäftigt auch Barbara Fornefeld. „Warum lässt er sich nicht auf seine Klienten ein? Sind das Ängste? Vorurteile? Unsicherheit? Igno-

ranz? Bequemlichkeit? Homogene Gruppen sind angenehm. Je mehr Informationen, desto mehr Fragen, desto mehr muss ich tun, und umso unbequemer wird meine Machtposition. Komplexität überfordert den Menschen.“ Besonders belastend ist für Farhads Mutter, über die Zukunft ihres Sohnes Entscheidungen zu treffen. „Da habe ich immer Angst, etwas falsch zu machen, etwas überlesen oder übersehen zu haben. Vielleicht gibt es eine bessere Schule für ihn, als die, die wir ausgesucht haben, auf der man einen besseren Abschluss machen kann. Oder es gibt etwas Neues, das ihm helfen könnte, besser klar zu kommen. Die Eltern können so doch auch nicht zur Ruhe kommen.“

IHR SOHN KANN ZWAR KEIN INGENIEUR, DAFÜR ABER AUCH KEIN VERBRECHER WERDEN.

Gökhan Aydın ist ein Jugendlicher mit Down-Syndrom. Nach seiner Geburt mussten sich seine Eltern vom Klinikarzt anhören, dass ihr Sohn zwar kein Ingenieur, dafür aber auch kein Verbrecher werden könne.

„Man kann sich einfach nicht vorstellen, was die Diagnose Down-Syndrom für Eltern bedeutet. Das kann man gar nicht. Viele denken, wir glauben, Gott straft uns so. Aber für mich ist es Schicksal. Gott würde so nicht strafen. Gott ist eine Stütze“, so Mustafa Aydın, ein gläubiger Muslim. Eine Kraftquelle, die die Familie nötig hatte auf der Suche Ärzten, nach einem passenden Kindergarten, einer guten Schule. Unterstützung bräuchten sie auch heute noch, vor allem im Umgang mit Behörden und Versicherungen. Zum Beispiel auch neulich, als eine Mitarbei-

terin der Krankenkasse zum „Kurzbesuch“ vor der Tür stand. Fatma Aydın wurde der Zweck des Besuchs nicht erklärt, dafür aber wurde ihr die Frage gestellt, ob ihr Mann ihr denn im Haushalt helfe. Das ärgerte die Mutter, denn sie vermutete die gängigen Vorurteile über türkische Männer. Sie bejahte die Frage und bekam kurz darauf die Quittung: Das Pflegegeld wurde der Familie ohne Ankündigung und Erklärung gestrichen. „Selbstverständlich hilft er. Das ist ja schließlich der Papa hier, aber natürlich nur so, wie er kann, er ist ja berufstätig. Und dann standen wir da, ohne Pflegestufe. Und dann mussten wir wieder diese schlimmen Formulare ausfüllen. Wir können Deutsch, aber das Formular-Deutsch ist anders.“

EINE NEUE QUALITÄT DES FRAGENS

Gerade die Sprachbarrieren machen es den Eltern schwer, Förderangebote zu nutzen.

In der Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung im Gesundheitsamt der Stadt Bonn können Eltern von Kindern mit Behinderung eine Beratung zu möglichen Hilfen in ihrer jeweiligen Lebenssituation erhalten. Cornelia Wolf, Diplom-Sozialpädagogin, führt die Beratungsstelle und berichtet über sprachliche Hürden im Alltag: „Bei Familien mit Migrationshintergrund wird manchmal ein Dolmetscher hinzugezogen, wenn die Sprachbarriere zu hoch ist. Steht kein Dolmetscher zur Verfügung, muss nach Alternativen gesucht werden. Ich helfe mir in solchen Situationen entweder mit dem google-Übersetzer, der mir zum Beispiel das Wort ‚Kinderarzt‘ ins Arabische übersetzen und neuerdings

die Worte auch in allen Sprachen vorlesen kann. Oder aber, ich bemühe mich, alles in ‚Leichte Sprache‘ umzuformulieren, nach dem Vorbild des Netzwerkes People First¹. Diese Art der Kommunikation kann eine gute Grundlage sein, eine inklusive Beratung durchzuführen.“ In der Bonner Beratungsstelle legt man Wert darauf, auf jeden Menschen individuell einzugehen und seine individuelle Lebenssituation auch unter den Aspekten Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion und seiner Biographie zu berücksichtigen. Diese Vorgehensweise legt auch die Professorin Fornefeld ihren Studierenden ans Herz. In Köln befassen sich die angehenden HeilpädagogInnen mit einer neuen Qualität des Fragens. Eltern sollen ohne Angst ihre Geschichten erzählen können. „Die bisherigen Tests sind in deutschen Umständen entwickelt worden. Die Realität sieht aber anders aus und erfordert biographische Arbeit. Die HeilpädagogInnen müssen lernen, wie sie die Familien dazu animieren, ihre Geschichten zu erzählen.“ Erst dann sollen Entscheidungen getroffen und ein Förderplan erstellt werden.

WIR SIND SO GEEICHT AUF DIE HARTEN FAKTEN

Blinde Flecken, fehlende Kompetenz, aber auch Bestimmungen und Gesetze behindern oftmals eine tatsächliche Unterstützung. Zum Beispiel die der Achtjährigen Mona. Das Mädchen war nur drei Jahre alt, als ihre Eltern mit ihr und ihren beiden Geschwistern aus Irak Richtung Deutschland flüchteten. Ein Jahr später wurde bei Mona frühkindlicher Autismus diagnostiziert. Tagsüber ist sie

in einer Schule mit dem Schwerpunkt Autismus, hat Betreuung und wird pädagogisch in angenehmer Umgebung gefördert. Ab dem Nachmittag aber teilt sie sich mit ihren Eltern und den Geschwistern zwei Zimmer in einem Flüchtlingswohnheim. Auf engstem Raum müssen Mona, die regelmäßig um sich schlägt, ihre Geschwister und ihre nicht grundlos aus Irak geflohenen Eltern essen, schlafen, leben. Keine eigenen vier Wände, keine Rückzugsmöglichkeit, Arbeitsverbot für die Eltern, Reiseverbot über den Landkreis hinaus und ein unsicheres Aufenthaltsrecht sind die zusätzlichen Belastungen der Familie.

„Wir sind so geeicht auf die harten Fakten“, kritisiert Fornefeld die gängige Praxis. „IQ, motorische Fähigkeiten in dem und dem Bereich, lebenspraktische Fähigkeiten in dem und dem Bereich, das sind alles normierte Fähigkeiten. Aber das ist nicht das Entscheidende. Eine Fähigkeit zeigt sich immer aus dem Geworden-Sein heraus. Das eigene Geworden-Sein im Kontext der Erfahrungen, die man gemacht hat.“

Die Namen der Familien wurden von der Redaktion verändert.

¹Mehr zur einfachen Sprache unter: <http://www.people1.de/> und zum AWO "Büro für leichte Sprache" unter http://www.awo.org/index.php?id=newsdetails&tx_ttnews%5Btt_news%5D=317&tx_ttnews%5BbackPid%5D=45&chash=893f3bbf31

Hintergrund: Inklusion in NRW – Der Stand der Dinge

1. DER AKTIONSPLAN INKLUSION

Die Landesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am 5. April 2011 den von Sozialminister Guntram Schneider vorgelegten Zwischenbericht "Auf dem Weg zum Aktionsplan" gebilligt. Der Bericht ist am 14. April 2011 dem Landtag zugeleitet worden. Er beschreibt die Maßnahmen, die bereits von der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ergriffen wurden. Außerdem enthält er grundlegende Informationen zur UN-Behindertenrechtskonvention und zur Vorbereitung des landesweiten Aktionsplans „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“, der voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres dem Landtag vorgelegt werden soll.

Im Zwischenbericht wird das Thema Migration und Behinderung explizit erwähnt: Die Fachabteilungen Soziales und Integration des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales prüfen derzeit Möglichkeiten der interkulturellen Öffnung der Behindertenhilfe in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden. Außerdem sollen gezielte Formen der Aufklärung und Information über das Thema „Behinderung“, insbesondere geistige Behinderung, in Zusammenarbeit mit den Migrantenselbstorganisationen entwickelt werden.

Den Zwischenbericht finden Sie hier:

http://www.mais.nrw.de/08_PDF/003/110321_zwischenbericht_nrw_inklusiv.pdf

2. DIE KOMPETENZZENTREN

Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hatte bereits Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung (KsF) im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen als Pilotprojekt zu Beginn ihrer Amtszeit installiert. Förderschulen wurden zu Kompetenzzentren ausgebaut mit dem Ziel, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf häufiger als bisher wohnortnah und integrativ in den Regelschulen beschult werden können. Mittlerweile gibt es 74 Kompetenzzentren, bis zum Projektende im Sommer 2013 werden keine weiteren aufgebaut.

SPD und Grüne haben das Pilotprojekt nun evaluiert. Das Gutachten finden Sie hier:

http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Inklusion_Gemeinsames_Lernen/Gutachten_Kompetenzentren_Lern-_und_Entwicklungsst_rungen_/Expertise_Endfassung_3.pdf

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Gutachtens finden Sie im Artikel von Dr. Brigitte Schumann: <http://bildungsklick.de/a/80268/inklusionsschulenstatt-kompetenzentren/>

Derzeit befasst sich das Schulministerium mit den Ergebnissen des Gutachtens für den schulischen Inklusionsplan, der Teil des Aktionsplanes Inklusion ist. Voraussichtlich Anfang des Jahres wird dann ein Referentenentwurf für eine Schulgesetznovelle vorlegt, so die Ministerin Sylvia Löhrmann (Grüne).

Inklusive Interkulturalität - Ein Plädoyer

VON DONJA AMIRPUR UND PROF. YASEMIN KARAKAŞOĞLU

„Inklusion“ ist ein relativ neuer Begriff in der Bildungsdebatte, der hauptsächlich in Bezug auf Kinder mit Behinderung angewendet wird. Dabei geht es nicht um eine neue Wortschöpfung für das, was bisher unter „Integration“ verstanden wurde. Die Unterscheidung in „normale“ und zu integrierende Kinder soll durch eine Inklusionspädagogik aufgehoben werden. Das Denken in zwei Kategorien, so der Inklusionspädagoge Andreas Hinz, – einerseits „nichtbehinderte Kinder, die integrierenden, normalen und eigentlichen“ und andererseits „zu integrierende, anomale `Auch-Kinder`, die an einem vorgegebenen Thema `auch` mitarbeiten können“ – entfällt.

Laut pädagogischem Wörterbuch bezieht sich der Begriff „Integration“ sowohl auf Menschen mit Behinderung als auch auf Menschen mit Migrationshintergrund. Folgerichtig müssten Kinder mit Migrationshintergrund auch in der deutschen Inklusionsdebatte mit einbezogen werden. Bislang fehlen sie. International – beispielsweise in den Unesco-Richtlinien – wird unter Inklusion eine Bildungsreform verstanden, die die Vielfalt aller Lernenden befürwortet und unterstützt. Betont wird vor allem die soziale Verantwortung von pädagogischen Einrichtungen, Armut durch Bildung zu bekämpfen. Dazu seien umfassende Systemänderungen nötig, sowohl bei den Inhalten als auch bei den Herangehensweisen und Strukturen. Es geht um einen Blickwechsel weg vom „Kind als Problem“ hin zum „System als Problem“. Das Bildungssystem ist es, das verantwortlich für die Sicherung des Rechts auf Bildung für alle ist. Diesem Inklusionsbegriff liegt ein erweitertes Verständnis von Diversität zugrunde, das kulturelle Vielfalt mit ethnischer Herkunft, Sprache und Religion einschließt.

In deutschen Schulentwicklungsplänen, Aktionsplänen der Länder und des Bundes, die eine „Schule für alle“ anstreben, wird unter „Inklusion“ regelmäßig nur der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung verstanden. Interkulturelle Aspekte dagegen, wie ethnische Herkunft, Mehrsprachigkeit, Religion, aber auch die Themen Rassismus und Diskriminierung kommen in der Inklusionspädagogik kaum vor. VertreterInnen der interkulturellen Pädagogik beteiligen sich spärlich an Debatten zur Inklusion, und die Studiengänge zur inklusiven Pädagogik richten sich nach wie vor wei-

testgehend auf Menschen mit Beeinträchtigungen aus. Auch die Online-„Zeitschrift für Inklusion“ enthält fast nur Beiträge zur Integration von Menschen mit Behinderung.

In Deutschland und Europa sind Kinder mit Migrationshintergrund unter den SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf überrepräsentiert. Daher verlangt die „Europäische Agentur für Entwicklungen in der sonderpädagogischen Förderung“, den spezifischen Unterstützungsbedarf von Kindern mit Migrationshintergrund und sonderpädagogischem Förderbedarf in den Inklusionsdiskurs einzubeziehen. Aufgabe der PädagogInnen sollte es sein, die sprachlich-kulturelle Vielfalt ebenso wie unterschiedliche körperliche und geistige Lernvoraussetzungen zu berücksichtigen. Denn ohne interkulturelle Aspekte kann der Aussonderung von Schülern mit Migrationshintergrund auf Förderschulen nicht entgegengesteuert werden. Weil insbesondere beim sonderpädagogischen Personal allzu häufig interkulturelle Kernkompetenzen fehlen, wird die unterschiedliche Sprachentwicklung und Sprachkompetenz von Kindern mit Migrationshintergrund in ihrer Erstsprache in den diagnostischen Verfahren nicht beachtet. Der Besuch einer Sonderschule bedeutet nicht nur, dass Kinder um eine gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt gebracht werden. Es heißt auch, dass sie aus ihrer Wohn- und Lebensumwelt ausgegrenzt werden. So steht das deutsche Schulsystem nicht unbegründet in der Kritik, die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen zu behindern. Gesellschaftliche Teilhabe kann nur durch den Zugang aller zu inklusiver Bildung gelingen.

„Wo Heterogenität als Ressource gilt, kann eine grundlegende Anerkennung wachsen, die universelle Gemeinsamkeiten von Kindern und Jugendlichen, kollektive Unterscheidungen und unverwechselbare, individuelle Besonderheiten zugleich zu schätzen vermag“ (Andrea Platte, 2009).

Zur Person:

Yasemin Karakaşoğlu ist Konrektorin der Universität Bremen und Professorin am Fachbereich Interkulturelle Bildung, Donja Amirpur promoviert in diesem Fachbereich zum Thema Migration und Behinderung.



Zur Überrepräsentanz von Migrantenkinder an Förderschulen - Im Gespräch mit Prof. Kerstin Merz-Atalik

Frau Professorin Merz-Atalik, Sie arbeiten schon länger zu der Frage, inwiefern Schulen, die integrativ bzw. inklusiv arbeiten, sich mit den besonderen Bedürfnissen von Kindern mit Migrationshintergrund befassen. Was sind Ihre Erkenntnisse?

Bei meiner Forschung in Berlin war meine Ausgangsthese: Arbeiten Schulen inklusiv oder integrativ, fördern sie also alle Kinder aufgrund ihrer besonderen Bedürfnisse, dann müssten sie auch bei Kindern mit Migrationshintergrund diese besonderen Bedürfnisse erkennen und für die Planung und Gestaltung von Lernprozessen berücksichtigen. Ich habe dann mit einer Studie feststellen müssen, dass das nicht unbedingt so ist. Viele Lehrkräfte sagen, wir machen einen integrativen Unterricht. Integrativ, weil ich besondere Lernbedürfnisse berücksichtige. Aber sie haben sich gar nicht intensiv mit der Frage befasst, welche besonderen Lernbedürfnisse denn Kinder mit Migrationshintergrund haben könnten.

Und so sind Sie dann auf die Überrepräsentanz von Kindern mit Migrationshintergrund an Förder- bzw. Sonderschulen gestoßen?

Genau, ich konnte die schon von anderen beschriebene große Überrepräsentanz insbesondere an Förderschulen mit dem Schwerpunkt ‚Lernen‘ auch für Berlin bestätigen, habe dann aber auch festgestellt, dass es da noch mal sehr stark zwischen den Herkunftsgruppen variiert. Es gibt Herkunftsgruppen aus Albanien oder Bosnien, die besonders stark von einer Benachteiligung betroffen sind, und es gibt welche, bei denen man eine geringe Benachteiligung feststellt. Es hat also nicht nur generell mit dem Migrationshintergrund zu tun, sondern bei Kindern aus bestimmten Herkunftsländern ist die Tendenz, sie an Förderschulen zu überweisen, noch größer als bei anderen. Insbesondere bei Kindern aus muslimischen Herkunftsländern und bei Jungs. Seit 2007 gibt es eine ganz interessante Studie aus der Schweiz, die das für die Schweiz auch belegt: Lehrerinnen und Lehrer tendieren bei Kindern mit einem bestimmten Migrationshintergrund eher

dazu zu sagen, dass sie nicht in der Lage sind, diese Kinder an Regelschulen entsprechend zu fördern. Diese Kinder werden dann dementsprechend an Förderschulen überwiesen.

Was für eine Studie war das genau in der Schweiz?

Der Forscher Lanfranchi hat fiktive Gutachten über Kinder geschrieben, hat sie nur variiert nach Geschlecht, Herkunftsland der Familien sowie nach dem Beruf des Vaters. Das Gutachten über die Lernschwierigkeiten bzw. die Probleme im emotionalen und sozialen Bereich blieb aber das gleiche. Diese Gutachten hat er einer großen Zahl von Sonderpädagogen gegeben und sie nach einer Empfehlung zur weiteren Beschulung des Kindes gefragt. Es kam heraus, dass albanische Jungs zu 80 Prozent in Sonderschulen überwiesen worden wären, das gleiche Gutachten aber über ein schweizerisches Mädchen mit einem Vater in einer Leitungsposition führte oftmals zur Empfehlung einer zusätzlichen außerschulischen Unterstützung und keiner Zuweisung zu einer sonderpädagogischen Maßnahme oder Schule. Das hat meine Erfahrungen bestätigt: Kinder, die eine Behinderung oder Lernbeeinträchtigung haben und zusätzlich einen Migrationshintergrund, die sind besonders benachteiligt in unserem Bildungssystem.

Das heißt, dass die ethnische Herkunft als Behinderung wahrgenommen wird?

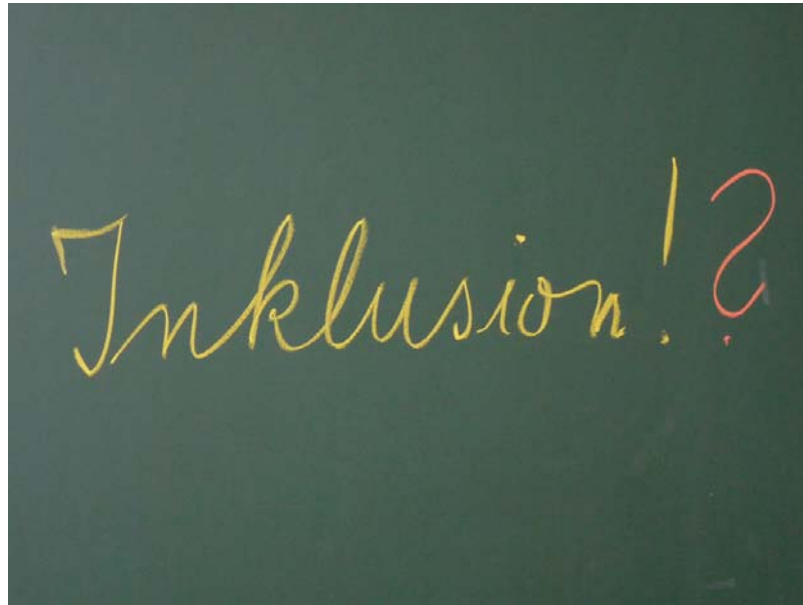
Das ist die eine Interpretation. Meine Interpretation ist eher, dass Lehrer, wie in jedem anderen Beruf auch, dazu neigen, die Komplexität in ihrem Berufsalltag zu reduzieren. Und um so mehr wir über Migrantenkinder schreiben und hören, wie problematisch sie sind, vor allem bei Kindern aus bestimmten Herkunftsländern, um so stärker wächst die stereotype Vorstellung davon, dass diese Kinder schlecht und schwieriger zu fördern sind. Letztendlich entscheiden ja Lehrkräfte darüber, ob das Kind in ihrem Unterricht gefördert wird oder in einer Förderschule beschult wird.

Wie gestaltet sich denn eigentlich der Weg auf



eine Förderschule?

In der Grundschule wird festgestellt, dass ein Kind Lernschwierigkeiten hat. Dann gibt es in den meisten Bundesländern eine sonderpädagogische Beratung, die hinzugezogen werden kann zur Diagnose und der Beratung bei der Frage nach dem Förderansatz bzw. Förderort. Oftmals ist es aber so, dass die Kinder zu dem Zeitpunkt schon solche Lücken haben, dass nicht mehr gewährleistet ist, dass sie versetzt werden können. Dann entscheiden eben viele Kollegen, das Kind auf eine Förderschule für Lernbehinderte zu überweisen, weil dort das Curriculum ja ein anderes ist. Denn dort müssen die Kinder nach dem zweiten Schuljahr noch nicht die gleichen Leistungen erbringen wie an der Regelschule. Das ist aber auch gleichzeitig das Problem unseres Bildungssystems. Kinder mit Migrationshintergrund sind systematisch von einer strukturellen Diskriminierung betroffen, weil sie nämlich im ersten Schuljahr eingeschult werden und dann gleichzeitig mehrere Lernherausforderungen haben: Einmal die akademischen Lernziele gemäß dem Bildungsplan im Unterricht, aber häufig gleichzeitig den Spracherwerb in der Zweitsprache Deutsch und die Fortsetzung des Spracherwerbs in der Erst –



R_K_by_Dieter Schütz, pixelio.de

bzw. Muttersprache. Man sieht einfach nicht, dass die Kinder oft doppelte Leistungen erbringen müssen.

Sie werden aber an den deutschsprachigen Kindern gemessen in ihren Leistungen.

Das ist das Problem. Daher gibt es dann eben diesen Schnitt: Wenn die Kinder bis zum Zeitpunkt der Versetzungsentscheidung bestimmte Leistungen nicht erreicht haben, bleiben sie oftmals auch dann erstmal sitzen. Und schließlich kommt dann – manchmal z.B. wegen einer sogenannten „Überalterung“ in der Primarstufe – die Überweisung auf die Förderschule.

Also spielen die frühe Selektion und die Standardisierung in der häufigen Überweisung eine Rolle?

Genau, aber wir wissen von diversen Studien, dass die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen auch keine erweiterten Konzepte haben, um diese besonderen Bedürfnisse der Kinder zu erfüllen.

Sie meinen, dort hat man wenig interkulturelle Kompetenzen?

Ja, es gibt dazu eine Studie von Powell und Wagner, in der sie hinterfragt haben, ob die Förderschulen mehr auf die Bedürfnisse von Kindern mit Migrationshintergrund eingehen und ob diese mehr interkulturelle Konzepte wie zweisprachige Erziehung und Förderung, Förderung der Zweitsprache etc. haben. Sie kamen zu der Erkenntnis, dass sie noch weniger dezidierte Angebotsstrukturen für Kinder

mit Migrationshintergrund vorhalten als an den Regelschulen. Die Lehrer der Regelschule sagen, wir können die Kinder nicht weiter auf der Regelschule beschulen und geben an, es gebe einen „sonderpädagogischen“ Förderbedarf. Aber eben häufig, wenn die Entwicklungsverzögerungen schon massiv sind und nicht mehr im Rahmen der jahrgangsklassengesteuerten Allgemeinen Schulen entgegen gewirkt werden kann.

Glauben Sie, das ist der richtige Weg für eine Diagnostik?

Das Verfahren in Deutschland ist so ziemlich einmalig. In anderen Ländern, in denen man stärker inklusiv arbeitet, hat man unabhängige Institutionen, die diese Tests machen. Bei uns gibt es ja den schulpädiatrischen Dienst, aber der macht keine Lern- oder Sprachstandsdiagnostik. Das macht die Förderschule oder ein Sonderschullehrer ambulant. Das halte ich für problematisch, denn letztendlich kennt man das ja selber: Ich bin auch Pädagogin. Wenn ich in eine Klasse gehe und habe den Eindruck, die Kinder werden nicht angemessen gefördert, dann gehe ich immer davon aus, dass ich sie besser fördern könnte. Das ist eine self-fulfilling-prophecy, die dann einsetzt.

Nun steht die Abschaffung der Sonderschule im Mittelpunkt der Inklusionsdiskussion. Ihre Existenz ist bedroht. Und die Christophers und Claras sind diejenigen, die bereits integrativ beschult werden. Könnte man da vielleicht sogar sagen, dass durch die Migrantenkinder

die fehlenden deutschen Kinder aufgefangen werden und so die Schulform am Leben erhalten werden kann?

Als in Berlin das Elternwahlrecht 1991 eingeführt wurde, da konnten Eltern entscheiden, unabhängig von der schulischen Empfehlung, ob ihr Kind eine Regelschule oder eine Sonderschule besucht, gleichgültig welcher Behinderung. Das hat dazu geführt, dass an den Förderschulen für Lernbehinderte eine Restschülerschaft übrig blieb, nämlich aus Familien von Kindern, deren Eltern sich einfach nicht so stark machen konnten, die ihre Elternrechte nicht kennen oder die einfach nicht in der Lage sind, sich in diesem System durchzusetzen. Das hat dazu geführt, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund an den Förderschulen erheblich gestiegen ist. Clara und Christoph waren mit inklusiver Unterstützung auf der Regelschule, und die anderen nicht. Deswegen ist das Elternwahlrecht keine ideale Lösung. Es geht darum, ein Individualrecht im Sinne der Menschenrechte (vgl. UN-Konvention; S 24) auf inklusive Bildung zu gewährleisten.

Ich habe zuletzt noch von einem Fall gelesen, in dem Eltern türkischer Herkunft versichert wurde, es handele sich um eine besondere Förderung, die ihr Kind auf einer Förderschule erhalte. Die Eltern willigten aus diesem Grund in die Beschulung ein in der Meinung, ihr Kind bekäme nun eine besonders gute Ausbildung. Also ist es oftmals auch das Problem, dass Eltern zu wenig über das Schulsystem wissen?

Viele Eltern kommen aus Ländern, in denen es keine Sonderschulen gibt. Denen erklärt man, es sei eine besonders gute Schule für ihr Kind. Die Eltern haben aber überhaupt keine Vorstellung davon, was das bedeutet und oftmals erschließt es sich ihnen zu spät. Es gibt mittlerweile auch Elternverbände von Migranten, z.B. den türkischen Elternverein Deutschland, der sogar Rechtsberatung anbietet für Eltern, weil man einfach festgestellt hat, dass die Eltern ihre Rechte nicht in Anspruch nehmen.

Wie könnte man die Eltern denn besser informieren, um diese Entwicklung zu stoppen?

Es gibt ja in vielen Bundesländern Informationsmaterialien auf deutsch über das Schulsystem, die Elternrechte usw. Es gibt aber ganz wenige Bundesländer, die das auch zusätzlich in den Haupt-Migrantensprachen anbieten - schon gar nicht von staatlicher Seite oder vom Schulamt. Wenn überhaupt bieten das nur bestimmte Elternverbände an.

Was können die Förderschulen denn gegen diese problematische Entwicklung tun?

Die Diagnostik muss die besondere Entwicklung der Kinder vor dem Hintergrund der Mehrsprachigkeit und Interkulturalität berücksichtigen. Wir brauchen Sonderpädagogen, die an den Regelschulen fest angestellt werden, um präventiv arbeiten zu können. Das Problem ist ja, wenn das Kind am Anfang kleinere Lernschwierigkeiten hat, dann greifen viele Lehrkräfte ja noch nicht ein. Sondern erst dann, wenn es tatsächlich problematisch wird. Und die Phase muss man überbrücken. Man braucht Kollegen, die dann bei Kindern, die mehrsprachig aufwachsen, diagnostisch tätig werden können. Da mangelt es auch noch an Testinstrumenten, denn diese sind zumeist ausgerichtet auf deutschsprachige Kinder. Auch da müsste man dran arbeiten.

Führen dann Sprachstandserhebungen, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen haben, vielleicht sogar dazu, dass diese Kinder ausgesondert werden?

Ich habe nichts gegen Sprachstandserhebungen, wenn man diese auch in der Muttersprache macht. Die Schwierigkeit ist ja, dass diese Sprachstandserhebungen in der Zweitsprache zu den Kurzschlüssen führen, dass Kinder auch in ihrer kognitiven Entwicklung Defizite haben. Dadurch, dass man ihre sprachlichen Entwicklungsfähigkeiten nur in der Zweitsprache wahrnimmt und nicht in der Erstsprache, unterschätzt man ja schon die sprachlichen Fähigkeiten, die das Kind hat. Und dann wird das kognitive Potential des Kindes häufig total unterschätzt. Da beginnt ein negativer Kreislauf von Unterschätzung des intellektuellen Potentials und mangelnder Anregung für die akademische Entwicklung, z.B. auch durch die Beschulung in Förder- oder Hauptschulen.

Frau Merz-Atalik, ich danke Ihnen für das Gespräch!

Das Gespräch führte Donja Amirpur.

LITERATURHINWEISE

Lanfranchi, A. (2007): Sonderklassenversetzung und integrative Förderung: Denken und handeln Lehrpersonen kulturell neutral? Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete (VHN), 2, 128-141.

Ergebnisse der Studie von Powell und Wagner finden Sie in:

Günther Cloerkes (2002): Wie man behindert wird: Texte zur Konstruktion einer sozialen Rolle und zur Lebenssituation betroffener Menschen, Heidelberg.

Zur Person

Prof. Kerstin Merz-Atalik hat Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt „Rehabilitationspädagogik“ studiert. Nach dem Studium hat sie fünf Jahre an Berliner Grundschulen als sozialpädagogische Einzelfallhilfe die Integration von Kindern mit einem Förderbedarf im Bereich „Lernen“ oder „soziale und emotionale Entwicklung“ unterstützt. Seit 2004 ist sie Professorin für Allgemeine und Rehabilitationspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Ihre Forschungs- und Publikationsschwerpunkte liegen auf der Entwicklung inklusiver Schulen, der Teamarbeit und Kooperation von PädagogInnen im inklusiven Unterricht und der Inter/Transkulturellen Pädagogik/Kommunikation. Im Rahmen dieser Schwerpunkte hat sie vielfältige Modellprojekte wissenschaftlich begleitet und geforscht. Weitere Informationen unter www.ph-ludwigsburg.de/2028.html

Erfolgreich bleiben! Jugendliche Migranten mit Handicap an der Schnittstelle Schule – Arbeit/Beruf „MiBoCap“

In Köln-Holweide befindet sich die größte Gesamtschule der Rheinmetropole. 1800 Kinder unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft lernen hier gemeinsam. Ein Viertel von ihnen hat einen Migrationshintergrund, zumeist aus der Türkei.

180 Kinder mit besonderem Förderbedarf werden im gemeinsamen Unterricht beschult. Vor drei Jahren startete die Schule gemeinsam mit dem freien Träger Interkultureller Sozialer Service (ISS Netzwerk) das Projekt MiBoCap, Migration und Berufsorientierung mit Handicap.

Donja Amirpur sprach mit Annette Kellinghaus-Klingenberg und dem ISS-Projektbegleiter David Gentner.

Wie kamen Sie auf die Idee, das Projekt ins Leben zu rufen?

Kellinghaus-Klingenberg: Wir hatten Probleme, bei unserer Arbeit Migrantenfamilien zu erreichen. Damals machte Ibrahim Turhan nach seinem sozialpädagogischen Studium das Anerkennungsjahr an unserer Schule. Wir machten uns dann gemeinsam auf den Weg, rollten die alten Fälle auf und landeten sofort einen Volltreffer: Die Eltern einer jungen Dame haben allen verheimlicht, dass ihre Tochter eine Lernbehinderung hat. Sie erzählten, ihr Kind ginge auf die Gesamtschule, ohne zu erwähnen, dass es ein Förderkind ist. Für uns war es daher schwierig, individuelle Perspektiven für sie zu erarbeiten, schließlich durfte niemand von der Lernbehinderung wissen. Alle zusätzlichen Angebote waren für die Eltern nicht diskutabel. Erst durch Ibrahim Turhan, der heute an der Schule als Sozialpädagoge arbeitet, durch die gemeinsame Sprache als Basis, fassten sie Vertrauen. Mittlerweile macht die junge Dame eine reduzierte Ausbildung als Verkaufshelferin.

Was glauben Sie sind die Gründe für die Geheimhaltung der Behinderung des Kindes?

Kellinghaus-Klingenberg: Es ist immer ganz unterschiedlich. Bei dieser Familie, so erzählten sie uns später, wollten sie die Heiratschancen für die Tochter nicht schmälern. Zum anderen hatten sie auch nicht das Vertrauen in uns und unsere Arbeit. Erst durch Herrn Turhan gelang dies.

Wie funktioniert die Betreuung durch MiBoCap?

Kellinghaus-Klingenberg: Die Berufsorientierung



Annette Kellinghaus-Klingenberg und Ibrahim Turhan

fängt im 8. Jahrgang an. Bei unseren Erstgesprächen arbeiten wir nach einem festen Methodenkatalog. Bestimmte Fragen werden abgeklärt. Wo gehst du zur Schule? Wann bist du geboren? Deinen Namen? Welche Behinderung hast du? Hast du einen Behindertenausweis? Was machen die Eltern von Beruf? Wir möchten den jungen Mann, die junge Dame kennenlernen und außerdem feststellen, was er oder sie eigentlich weiß. Beim Arbeitgeber muss man schließlich auch seine Behinderung erklären können. Dann machen wir weiter mit dem Berufes-ABC. Die Schüler sollen überlegen, welche Berufe sie eigentlich kennen, denn viele Kinder kennen einfach nicht genügend. Wenn man gar nicht weiß, was man tun kann, keine Wahlmöglichkeiten hat, dann wissen wir, dass wir da noch ganz viel Input geben sollten.

Was ist, wenn die Schülerinnen und Schüler keine Vorstellung davon haben, was sie später machen möchten?

Kellinghaus-Klingenberg: Sollten die Schüler gar keine Ideen zu einem Praktikum haben, machen wir ein Fähigkeitsprofil. In Form von einer MindMap versuchen wir dann festzustellen, was das Kind gerne macht: Ich mache gerne Haare, ich arbeite gerne im Garten, ich gehe gerne zur Schule oder koche und

backe gerne. Schüler, die das nicht können, z. B. autistische Schüler, die nicht sprechen oder Schüler mit geistiger Behinderung, bei ihnen müssen wir ein bisschen nachhelfen. Wir hatten zum Beispiel einen autistischen Schüler, der außer der Schauspielerei keine Ideen hatte. Wir arbeiten dann mit so genannten Fähigkeitskärtchen, legen sie dem Schüler vor und schauen, ob er damit etwas anfangen kann. Wenn der oder die Schülerin eine eigene Idee hat, dann soll er oder sie es zunächst einmal selbst versuchen, einen Vorstellungstermin zu vereinbaren. Sobald jemand Unterstützung braucht, sind wir da. Wir möchten nicht, dass das die Eltern tun, weil die Kinder selbstständiger werden sollen. Dazu gehört auch ein Fahrtraining zum Betrieb: Sie sollen lernen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeitsstelle zu kommen. Durch eine Kooperation mit der Lebenshilfe haben wir die Möglichkeit, Praktikassistenten einzusetzen.

Im Nationalen Integrationsplan wurde die interkulturelle Öffnung der Behindertenhilfe ganz explizit gefordert, weil viel zu wenig MigrantInnen die Angebote nutzen. Was glauben Sie, woran das liegt?

Kellinghaus-Klingenberg: Ich denke, dass zum einen sicherlich die mangelnden Kenntnisse über das

Schulsystem und das Behindertenhilfesystem sowie die Sprachbarrieren eine Rolle spielen. Wir hatten zum Beispiel einen autistischen Jungen mit Migrationshintergrund, bei dem die Familie sich überhaupt nicht vorstellen konnte, dass ein Praktikum für den Jungen möglich wäre. Der junge Mann ist zu hundert Prozent schwerbehindert, hat aber keinen Behindertenausweis. Schulbegleitung, Pflegegeld, Freizeitbegleitung, sämtliche Hilfen waren nicht bekannt und mussten erst beantragt werden. Sie hatten keine Ahnung davon, was ihnen zu steht. Wir benötigen dafür mehrsprachiges Personal und Informationsmaterial. Es fehlt auch die Selbstverständlichkeit und das Selbstvertrauen, als Mitglied der Gesellschaft staatliche Hilfeleistungen einzufordern. Einige Familien haben uns von ihrer Sorge berichtet, mit der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen benachteiligt zu werden. Sie fürchten sich vor der Stigmatisierung als Sondergruppe mit spezifischem Bedarf. Einige Familien haben auch schlechte Erfahrungen gemacht, Diskriminierungen erlebt und sind so stark verunsichert. Eine Vertrauensbasis zu schaffen ist das Wichtigste.

Gentner: Die Elternarbeit ist für uns das A und O. Wir müssen die Eltern überzeugen, dass wir die Kinder unterstützen. Wir möchten auch die Eltern unterstützen, dass sie selbstbewusst und ohne Moderation und Hilfen klar kommen.

Genießen Ihre Kollegen mit Migrationshintergrund sozusagen einen Vertrauensvorsprung?

Gentner: Die Hürde wird auf jeden Fall kleiner. Bei ISS haben über 80 Prozent der Sozialarbeiter, Psychologen und Pädagogen einen Migrationshintergrund. Daher kommen wir auch so gut an bei den Familien, weil da einfach viele Kollegen und Kolleginnen sind, die sagen: 'Ich kenne diese Erfahrung der Migration, die damit verbundenen Schwierigkeiten, ich kenne die Erfahrung der Diskriminierung'. An viele Informationen kämen wir sonst einfach nicht ran. Über kurz oder lang wünschen wir uns aber, dass alle Mitarbeitenden im sozialen Bereich interkulturelle Kompetenzen mitbringen und Unternehmen die interkulturelle Öffnung mittragen. Ich wünsche mir, dass es irgendwann eine Zeit gibt, wo es keine Projekte speziell für MigrantInnen mehr geben muss. Für uns als Träger heißt dies, dass wir langfristig unsere Dienstleistung in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit anbieten. Wir wollen dann nicht mehr nur der interkulturelle Träger ISS sein. Ähnlich der Entwicklung im Bereich der Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Welche Erwartungen haben die Eltern an ihre Kinder?

Gentner: Die Eltern wünschen sich oft, dass ihre Kinder einen hoch qualifizierten Beruf lernen. Das Ziel unserer Beratung ist es dann, im Gespräch mit den Eltern und ihren Kindern die Erwartungen, die Kompetenzen und Fähigkeiten und die Wünsche des Kindes sowie die Fördermöglichkeiten der Hilfesysteme in einen realistischen Weg der Berufsorientierung zu lenken.

Kellinghaus-Klingenberg: Dafür sind die Hausbesuche ganz wichtig, denn dort kann man eine gute Vertrauensbasis aufbauen.

Haben Sie durch die Arbeit ganz andere Konzepte von Behinderung kennengelernt?

Kellinghaus-Klingenberg: Wir fangen an umzudenken. Ich habe in den letzten Jahren sehr sehr viel gelernt. Es ist für mich ein unglaubliches Geschenk und eine unglaubliche Bereicherung, mit diesen Familien arbeiten zu dürfen. Ein Beispiel: Ich bin zum Beispiel sehr direkt, falle mit der Tür ins Haus. Jetzt habe ich gelernt, dass sich das bei vielen Migrantenfamilien überhaupt nicht gut macht. Man lässt sich Zeit, trinkt eine Tasse Tee, fragt nach dem Befinden, erst dann fängt man an wichtige Dinge anzusprechen. Das muss man erst mal verstehen. Da hilft mir mein Partner und ist ganz wichtig für mich.



Welche Rolle spielt der Glaube in den Familien?

Kellinghaus-Klingenberg: Der Glaube spielt eine Rolle. Aber es ist sehr unterschiedlich. Ich habe gelernt, dass der Grad der Religiosität häufig von der Herkunftsregion abhängig ist. Von liberal bis konservativ reicht da die Palette. Bei einer konservativen Familie beispielsweise habe ich erfahren, dass alle zusammen für sechs Wochen in den Sommerurlaub fahren, dass die Eltern den Urlaub aber in einem Hotel größtenteils getrennt verbringen. Frauen und Männer getrennt. Der junge Mann mit Behinderung war die ganze Zeit beim Vater, er hat den ganzen Sommer auf den Jungen aufgepasst. So was muss man wissen, denn ich hatte im Vorfeld des Urlaubs mit der Mutter die Erziehungsvereinbarungen getroffen. Der Vater wusste aber gar nichts davon. Da habe ich wieder gelernt, dass man mit beiden Eltern sprechen muss, beide informieren muss, damit es beim Kind ankommt.

Man hört ja des Öfteren, dass Familien mit Migrationshintergrund keine Hilfen benötigen, sei es bei der Versorgung von älteren Migranten oder von Angehörigen mit Behinderung, weil sie ein großes intaktes Netzwerk hätten, das sich kümmert. Machen Sie auch diese Erfahrungen?

Kellinghaus-Klingenberg: Die Praxis spiegelt das einfach nicht wieder, dass die Familien die Angehörigen in dem Maß unterstützen können, wie es ihnen unterstellt wird. Vielleicht im Entscheidungsprozess, aber sonst doch nicht. Es kam schon vor, dass ich mich in meinen Sprechstunden mit Tanten über die Zukunft ihres Neffen unterhalte. Auch ihnen wurde zum Beispiel verheimlicht, dass der junge Mann Epilepsie und eine Lernbehinderung hat. Für sie war die Wahl des Praktikumsplatzes nämlich völlig unverständlich. So mussten wir auch mit der community Beratungsgespräche führen.

Gentner: Ich weiß nicht genau, wohin diese Diskussion führt. Ob diese Gedanken absichtlich geäußert werden, weil man sich nicht kümmern will. Viele Familien leben hier in kleinen Wohnungen, ohne Großfamilie, genau so, wie die meisten Menschen in der Regel hier auch leben. Auch Migranten führen hier das Leben in Kleinfamilien und ihre Kinder haben oft nicht die Möglichkeit, sich um ihre Eltern zu kümmern, genau wie in deutschen Familien auch. Sie haben sich an die typisch deutsche Kleinfamilie angenähert. Auch lässt oft die wirtschaftliche Situation eine solche Unterstützung einfach nicht zu.

Ich danke Ihnen für das Gespräch!

MerkMal! Netzwerk Migration und Behinderung e.V.

Der Verein bietet u.a.:

- Vernetzung mit bestehenden Angeboten
- Mittlerdienste zu Trägern von Leistungen der Behindertenhilfe Angebote für Fachkräfte im Netzwerk Migration und Behinderung
- Beratung bei Fachanfragen zum Thema kultursensiblen Arbeitens, Migration, Kultur und Behinderung, Krisenintervention in Konfliktfällen
- Vorträge, Fortbildung, Workshops, Selbsterfahrungsangebote, Einführung in kultursensibles Arbeiten, kultursensible Kommunikation, Techniken, Arbeit in Dolmetschersettings
- Netzwerkarbeit: Vernetzung von Berufspersonellen zum Erfahrungsaus-

tausch und zur Nutzung von Synergieeffekten

- Informationsweitergabe und Erstellen von Fachbeiträgen, -literatur, Literaturbeiträge insgesamt

MerkMal ! Netzwerk Migration und Behinderung e.V.

Postanschrift:

c/o Cornelia Kauczor

Pfeifferstraße 15

40625 Düsseldorf

0211.977 1 8771, info@handicap-net.de, www.handicap-net.de

Çocuğum engelli – bu yardımlar var

Elternratgeber in türkisch-deutsch:

Der Ratgeber "Mein Kind ist behindert - diese Hilfen gibt es" des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte liegt jetzt in türkisch-deutscher Übersetzung vor. Die Broschüre gibt einen Überblick über Hilfen für Kinder mit Behinderung und ihre Angehörigen. Ab sofort ist die Broschüre in gedruckter Form zum Selbstkostenpreis von 3 Euro erhältlich (Bestellung über verlag@bvkm.de) oder zum download unter: http://www.bvkm.de/dokumente/pdf/Rechtsratgeber/Mein_Kind_ist_behindert_auf_tuerkisch.pdf



Çocuğum engelli – bu yardımlar var

Engelli çocukları olan aileler için hakları ve maddi yardım imkanları üzerine bilgiler >> Katja Kruse



Mein Kind ist behindert – diese Hilfen gibt es

Überblick über Rechte und finanzielle Leistungen für Familien mit behinderten Kindern >> Katja Kruse

Impressum

Herausgeber:
Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Integrationsagentur
Dienststelle Venloer Wall 15, 50672 Köln

Redaktion
Donja Amirpur
Mercedes Pascual Iglesias

Verantwortlich (i. S. d. P.)
Andreas Johnsen, Geschäftsführer

Telefon: 0221 – 29942874
E-Mail: vielfalt@awo-mittelrhein.de

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Abdruck, auch in Auszügen, erwünscht, jedoch nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gefördert durch:

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

